

bellen weitere 27 Millionen zukommen lassen. Die Contra-Hilfe hätte es in sich gehabt: Sie sollte in erster Linie die Nachschubversorgung der Rebellen-Trupps durch die CIA sicherstellen.

Das Mißverhältnis zwischen 3,6 Millionen für neue Waffen und dem Riesenaufwand für den Transport beweist, daß der US-Geheimdienst noch längst nicht alle Waffen an die Contras weitergeleitet hat, die er aufgrund vergangener Haushaltsbewilligungen erhielt. Nach der Abstimmung am Mittwoch muß nun die CIA ihre Transportflüge am Monatsende einstellen. Legale Möglichkeiten für weitere Waffenlieferungen sind dann verschlossen.

Ein Plan der Kongreßmehrheit – kleiner Trostpreis für Reagan – sieht nur etwa zehn Millionen Dollar humanitärer Contra-Unterstützung vor, auszuliefern

USA

Andere Kultur

Er hetzt zwischen Sonderstaatsanwälten hin und her – Reagans Chefankläger Ed Meese. Er ist des Präsidenten größter Skandalminister.

Die Kolumnistin Mary McGrory verglich ihn mit einem „Kleinstadt-Sheriff“. Der New Yorker Journalist Joe Conason nannte ihn „den wahrscheinlich gesetzlosesten Justizminister“ der amerikanischen Geschichte. Noch prägnanter wurde es kürzlich auf etwa 2000 über Nacht im gesamten Washington aufgetauchten Plakaten formuliert: „Edwin Meese ist ein Schwein“, hieß es dort in großen Buchstaben.

Wäre Ed Meese ein kleiner Staatsanwalt im kalifornischen Oakland geblieben, würde er wohl immer noch zur Entspannung am Feierabend den Polizeifunk einschalten oder vom Rücksitz eines Streifenwagens Crime und Anarchie beobachten. Der Aufstieg Ronald Reagans, dem Meese bereits in Kalifornien diente, spülte den Provinzler jedoch nach Washington, wo er, zuerst als Berater Reagans, dann als Justizminister, nun selbst für Crime auf höchster Ebene sorgte.

Kein Jahr verging ohne einen neuen Meese-Skandal, längst ist der Chefankläger zu einem Fall für Staatsanwälte geworden. „Man findet nicht viele Verdächtige, die unschuldig sind“, hatte Meese einst behauptet. Ein Glück für ihn, daß sich die Nation solch merkwürdigem Rechtsempfinden nicht anschließen mochte.

Edwin Meese ist derzeit wieder einmal ein Verdächtiger: Als Meeses alter Studienfreund Robert Wallach 1985 Geld für den Bau einer Pipeline vom irakischen Ölgebiet in Kirkuk quer durch Jordanien an den Golf von Akaba aufzutreiben suchte, öffnete Meese dem windigen Wallach die Türen.

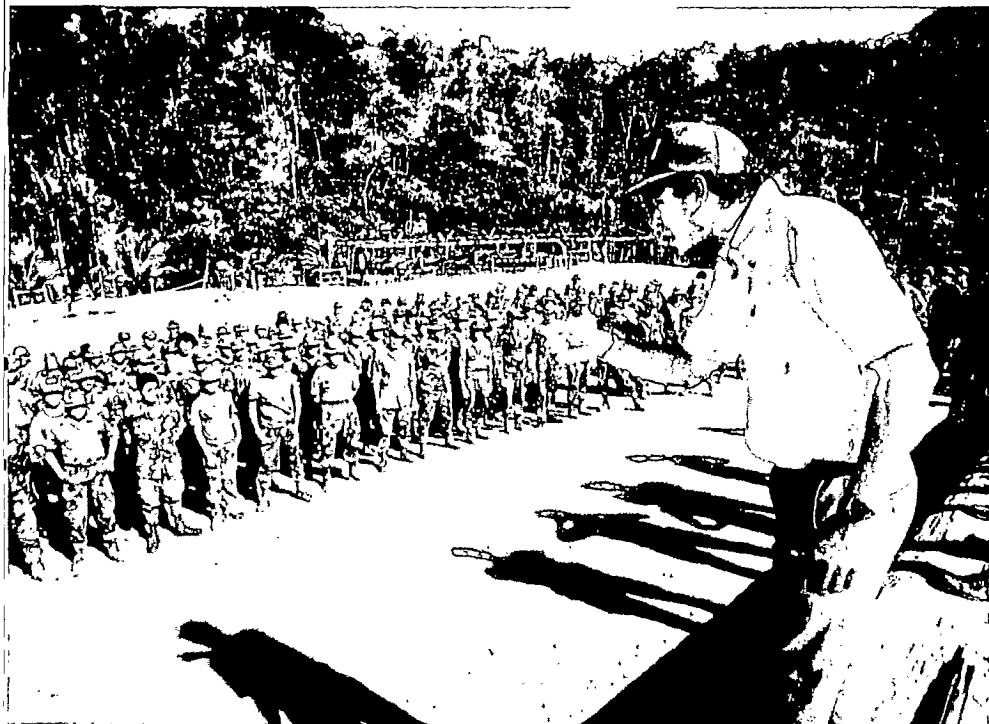
Vorbei am normalen Dienstweg, der seinen Freund ins State Department geführt hätte, sorgte Meese für prompten Zugang zu Sicherheitsberater Robert McFarlane. Die Pipeline, an der Wallach mächtig verdienen wollte, geriet dank Meese zu einer „Angelegenheit der nationalen Sicherheit“.

Bevor die Iraker sich jedoch auf das Projekt einließen, verlangten sie von den Amerikanern, sie sollten eine Zusage Israels beibringen, daß die Pipeline nicht angegriffen würde. Der Wunsch wurde prompt erfüllt.

Der Pipeline-Plan wurde Ende 1985 aufgegeben, nachdem der ebenfalls eingeschaltete McFarlane-Vorgänger William Clark zu Vorsicht geraten und das Projekt als einen „Alptraum“ bezeichnet hatte. Sonderankläger James McKay aber fand während seiner Nachforschungen bei Meese ein Memorandum, in dem Wallach vorschlug, Bestechungsgelder an die sozialdemokratische israelische Arbeitspartei zu zahlen.

Doch Edwin Meese hat schon andere Korruptionsvorwürfe überlebt. Es fing schon beim Umzug nach Washington vor sieben Jahren an. Den ließ sich der neuernannte Präsidentenberater – unerlaubterweise – vom Staat bezahlen. Dann, als die Sache aufflog, erklärte er die Umzugskosten in Höhe von 10 000 Dollar kurzerhand als „Consulting-Gebühren“. Zurückgegeben wurde nichts. Freunde wie Bekannte aus Kalifornien, die ihm zinslose Darlehen gewährt hatten, fanden sich in hohen Regierungspositionen wieder.

So mußte denn, gerade als Ronald Reagan den treuen Meese zum Justizmi-



Contras, Ausbilder: Waffen nur noch bis Ende Februar

von einer internationalen Organisation, etwa dem Roten Kreuz, nicht durch die CIA. Im Weißen Haus wird diese Idee schon als „Kapitulation“ (Stabschef Howard Baker) und als „bloße Flüchtlingshilfe“ (Sprecher Fitzwater) abgetan.

Die Niederlage ihres Präsidenten hat noch einmal alle Hiwis aktiviert, die in der Folge des Iran-Contra-Skandals verstummt waren. General a. D. John Singlaub will wieder weltweit Geld für die Contras eintreiben.

Und Gary Jarmin von der „Amerikanischen Koalition für die Freiheit“ sucht zusammen mit anderen Rechten ganz dringend einen Wall-Street-Broker, der bereit wäre, „Kriegsanleihen“ auf den Markt zu bringen: „Invest in the Contras – darauf hätten wir schon viel früher kommen sollen.“

Solche Beleidigungen bringen Edwin Meese III., den mächtigen Justizminister der Regierung Reagan und alten Kumpel des Präsidenten, nicht aus der Ruhe. Das mit dem Schwein ist ihm seit den Zeiten der ersten Vietnamproteste geläufig. Weil die Kriegsgegner Polizisten als „Pigs“ beschimpften, begann der Polizeiverherr Meese damals mit dem Sammeln kleiner Spielzeugschweinchen.

Die Schweine-Rufer hätte Meese, schon zu jener Zeit ein stramm konservativer Republikaner, am liebsten für lange Zeit hinter Gittern gesehen. 20 Jahre Gefängnis seien durchaus gerechtfertigt, sagte Meese 1966 vor dem „Ausschuß für unamerikanische Umtriebe“, immerhin hätten die Demonstranten dem nordvietnamesischen Feind „Hilfe und Erquickung“ verschafft.

nister nominierte, der erste Sonderankläger gegen ihn bestellt werden. Dem fehlten letztlich die Beweise, Ed Meese gelobte trotzdem Besserung. Er sei jetzt „weitaus sensibler in diesen Angelegenheiten“ und wolle zukünftig „vorsichtiger“ sein, versicherte Meese dem Rechtsausschuß des Senats, der über seine Nominierung befand.

Im Land aber hielten sich Bedenken. Er sei für das Amt „nicht geeignet“, weil von „zweifelhafter Integrität“, befürchtete der „Boston Globe“. Als Justizminister sei er „nicht wünschenswert“, schrieb die „New York Times“. Und prophetisch warnte der ehemalige Watergate-Sonderankläger Archibald Cox vor einem Justizminister Edwin Meese. Das, so Cox, werde „uns eine bestürzende Lektion über den Zustand unserer Moral beschreiben“.

Im Februar 1985, nach 13 Monaten Verzögerung und peinlichen Befragungen, wurde Meese schließlich vom Senat als Justizminister bestätigt; seitdem lieferte er zahlreiche Lektionen über die öffentliche Moral in Amerika. Durchweg waren sie traurig.

So half Meese etwa der mittlerweile bankrotten Rüstungsfirma Wedtech auf dubiose Weise beim Ergattern lukrativer Pentagon-Aufträge. Mit dabei, als Wedtech-Lobbyisten, waren Freund Wallach sowie der Reagan-Intimus Lyn Nofziger. Die beiden sahten kräftig ab, Meese will sich nur dafür eingesetzt haben, daß Wedtech im Weißen Haus „eine faire Anhörung“ bekam. Wallach und Nofziger stehen mittlerweile wegen Wedtech vor Gericht, Meese tritt – vorerst – als Zeuge auf.

Daß Nofziger für Wedtech erfolgreich bei ihm antichambrierte, daran hat Ed Meese „keine spezifische Erinnerung“. Wie aus 55 000 Dollar, die Meese einem Finanzberater zum Investieren überließ, in nur zwei Jahren fast 100 000 Dollar wurden, ist Ed Meese unerklärlich. Reiner Zufall auch, daß der Finanzberater Direktor von Wedtech war und jetzt ebenfalls auf einen Prozeß wartet.

Weniger zufällig war wohl, daß Meese nach dem Bekanntwerden des Iran-Contra-Skandals fünf Tage zuwartete, bevor er das FBI einschaltete und dem Oberst-

leutnant Oliver North das Betreten des Weißen Hauses untersagte. Meese, so klagte der republikanische Senator Warren Rudman, habe seine Absichten „telegraphiert“.

North jedenfalls verstand und machte Überstunden am Reißwolf. Und wie immer, wenn es gefährlich wurde, konnte sich Edwin Meese auch vor dem Iran-Contra-Sonderausschuß an vieles nicht mehr recht erinnern.

So eilt der Mann, von dem Ronald Reagan sagte, er werde einen „wahrhaft hervorragenden Justizminister“ abgeben, dieser Tage vom Iran-Contra-Sonderankläger zum Pipeline/Wedtech-Son-



Justizminister Meese: „Zweifelhafte Integrität“

derankläger, mal als Zeuge, mal als Verdächtiger. Das freut seine Gegner, denn je mehr Zeit Meese in eigener Sache bei den Staatsanwälten verbringen muß, desto weniger Zeit bleibt ihm als Justizminister. Ob Abtreibungsfreiheit oder die Rechte von Angeklagten, ob Minderheitenschutz oder Schulgebet: Auf seinem Weg zurück kommt Edwin Meese nicht mehr voran, weil er sich selbst neutralisiert hat.

Meese sei „ein Mann aus einer anderen Kultur“, schrieb der „Washington Post“-Journalist Robert Kaiser über Meese. Dorthin, in die „Law and Order“-Kultur, wird der Justizminister wohl bald wieder zurückkehren.

JUGOSLAWIEN

Häufig verfolgt

Der Historiker Plenča, der dem SPIEGEL das Waldheim-Papier übergab, geriet in einen innerjugoslawischen Konflikt zwischen alten Partisanen und Machtinhabern.

Die Partisanen kämpften und siegten in einem Bürgerkrieg gegen Monarchisten, Bauerndemokraten und vor allem die „Ustascha“-Faschisten in Kroatien. Sie siegten sogar über die Deutschen, ihre Besatzungsmacht – unter unsäglichen Opfern.

In einer ihrer schlimmsten Niederlagen, im Kozara-Gebirge im Sommer 1942, starben nach deutschen Angaben fast 4000 Partisanen. Zehntausende Zivilisten aus diesem Gebiet, darunter viele Kinder, wurden in Lager verbracht, wo viele verhungerten.

Die Überlebenden hören, wie der damalige Wehrmachtsleutnant Kurt Waldheim heute das Kozara-Massaker einstuft: „Flüchtlinge“ seien in „Auffanglager“ gebracht worden – kein Kriegsverbrechen. Der Ex-Feind war zum UNO-Generalsekretär und Präsidenten von Österreich aufgestiegen, und das auch noch dank jugoslawischer Hilfe.

Die ehemaligen Partisanen, heute zusammengeschlossen im Veteranenverband „Subnor“, müssen erleben, daß ihr Heroismus offenbar vergeblich war.

Die Schuld am Scheitern der Ideale aus der Kampfzeit geben die Veteranen nun, nach seinem Tod, ihrem Anführer Tito, der sie verraten habe. Ein letztes Gefecht ist fällig – daheim in Belgrad.

Dort erschoss sich der Ex-Kommandeur der 2. Proletarischen Brigade im Krieg, Veselinov, 1985 vor dem „Denkmal der Befreier Belgrads“; in einem Abschiedsbrief beklagte er den „totalen Widerspruch zwischen dem Erstrebten und dem Erreichten“. 1986 protokollierte der „Subnor“-Kongreß die „tiefe ökonomische, moralische und kulturelle Krise“ des von den Partisanen geschaffenen Regimes, die „Bedrohung der Kontinuität der Revolution“.

Im Mai 1987 versammelten sich die noch vorhandenen Kämpfer von 136 Partisanen-Brigaden in der Hauptstadt. Sie forderten die „Wiederherstellung der Einheit der Partei“ (in Jugoslawien: „Bund der Kommunisten“), die durch „Nationalisten“ zerstört worden sei, und drohten, die „unfähige“ Parteiführung abzusetzen. Darauf die Parteispitze: „Äußerst unannehmbare Standpunkte“, „ein Ultimatum“.

Vor sechs Wochen richteten viele pensionierte Partisanen-Generäle und Ex-Obristen einen dramatischen Appell an alle Kampfgefährten von einst: Sie sollten sich wie im Krieg noch einmal zusammenschließen, um Land und Sozialismus vor ihren Feinden zu schützen.